

Informationspapier (Stand: März 2015)

Braucht Deutschland ein „Einwanderungsgesetz“? Positionen von Parteien und Experten

Obwohl der Wanderungsgewinn derzeit positiv ausfällt, rechnen Statistiker damit, dass die Bevölkerung in den kommenden Jahren schrumpft.¹ Ab 2050 werden demnach eine halbe Million mehr Menschen pro Jahr sterben als geboren. Um das auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen, braucht Deutschland Einwanderung, darüber sind sich inzwischen Politiker parteiübergreifend einig. Diskutiert wird hingegen, wer nach Deutschland einwandern darf und wie das gesteuert werden soll. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob ein neues Einwanderungsgesetz nötig ist oder die bisherige Rechtslage ausreicht. Der MEDIENDIENST hat Wissenschaftler vom „Rat für Migration“² nach ihrer Einschätzung gefragt und in diesem Informationspapier die Positionen der Parteien und Experten zusammengefasst.

1. WAS SAGEN DIE PARTEIEN?

Seit zehn Jahren regelt das „Zuwanderungsgesetz“ wesentliche Fragen rund um den Aufenthalt von Ausländern in Deutschland. Zuvor hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung eine Arbeitskräftemigration durch ein Punktesystem vorgeschlagen, die von CDU/CSU verhindert wurde. Der Kompromiss war das „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ – kurz: Zuwanderungsgesetz. Der Begriff „Einwanderung“ kommt darin nicht vor. Im Januar 2015 stieß **CDU**-Generalsekretär Peter Tauber schließlich eine Debatte über die Einführung eines „Einwanderungsgesetzes“ an – ein Paradigmenwechsel für die bisherige Linie seiner Partei.³

Noch immer sind die Meinungen über die Notwendigkeit und die Inhalte einer Reform des Zuwanderungsrechts gespalten. Selbst innerhalb der Parteien sind sich die Politiker oft uneinig. Unstimmigkeiten gibt es bei sowohl bei der **SPD** als auch der **CDU/CSU**.

- Während der **SPD**-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann sich in einem Positionspapier⁴ für das kanadische Punktesystem aussprach, distanzierte sich unter anderem der Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD Berlin, Aziz Bozkurt, von diesem Vorschlag.⁵ Die Begründung: Migrationspolitik sollte sich nicht nur nach der Nützlichkeit der Einwanderer richten.

¹ 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des [Bundesinstitut](#) für Bevölkerungsforschung, 2015

² Der [Rat für Migration](#) ist Projektträger vom Mediendienst Integration und ein bundesweiter Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Er sieht seine zentrale Aufgabe in einer öffentlich kritischen Begleitung der Politik in Fragen von Migration und Integration.

³ Siehe dazu: „Tauber fordert Einwanderungsgesetz“, [Süddeutsche Zeitung](#) vom 8.1.2014 und „Deutschland ist ein weltoffenes Land“, Peter Tauber im [Interview](#) mit n-24.

⁴ „Deutschland als Einwanderungsland gestalten – warum wir ein Einwanderungsgesetz brauchen“, [Positionspapier](#) der SPD-Bundestagsfraktion 3.3.2015

⁵ Siehe dazu: „SPD-Migrationsexperte gegen Vorschlag seiner Partei zu Einwanderung“, [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) vom 3.3.2015

- **CDU**-Generalsekretär Peter Tauber und die Initiative **CDU2017** der Jungen Union fordern ein neues Gesetz,⁶ das die Einwanderung nach Deutschland attraktiver gestalten soll. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (**CDU**)⁷ und **CSU**-Generalsekretär Andreas Scheuer⁸ hingegen sehen dafür keinen Bedarf. Es gäbe bereits gut funktionierende Regelungen für die Einwanderung von Fachkräften.
- Die **GRÜNEN** wiederum haben im Februar 2015 einen Antrag „für ein modernes Einwanderungsgesetz“ beim Bundestag eingereicht.⁹
- Die **LINKE** hat die Asylpolitik bereits Anfang Januar 2015 in einem Antrag im Bundestag thematisiert und Ende März 2015 ein Positionspapier „für eine offene Einwanderungsgesellschaft und gleiche Rechte für alle“ veröffentlicht.¹⁰
- Die **FDP** hat im Bundesvorstand im Januar 2015 ein „Einwanderungskonzept“ vorgelegt.¹¹

Die Vorschläge aus den Reihen der verschiedenen Parteien überschneiden sich überwiegend in folgenden Punkten:

- Das neue Gesetz soll Klarheit in Sachen Einwanderung schaffen,
- die bestehenden Gesetze bündeln und vereinfachen,
- und es soll Kriterien formulieren, die bestimmen, wer nach Deutschland einwandern kann und wie.

Wenn es aber um die einzelnen Themenbereiche geht, die Migration und Integration betreffen, gehen die Vorstellungen der Parteien mitunter auseinander:

Arbeitsmigration

Im Zentrum der Debatte steht die Einführung eines **Punktesystems** nach kanadischem Vorbild. Dort werden in sechs Kategorien – Sprache, Bildung, Arbeitserfahrung, Alter, ein vorliegendes Arbeitsangebot und Anpassungsvermögen – Punkte an Einwanderungswillige vergeben. Wer 67 von 100 Punkten erreicht, darf einwandern.

- Besonders die Spitze der **SPD**-Fraktion sprach sich dafür aus, ein „flexibles und nachfrageorientiertes Punktesystem zu entwickeln“. Dazu können „Elemente des kanadischen oder anderer kriteriengeleiteter Einwanderungssysteme“ übernommen werden.
- Auch die **FDP** sieht Kanada als Vorbild und fordert ein Auswahlssystem, das sich vor allem nach Bildung, Sprache, Alter und Fachkräftebedarf richtet.
- Eine Übernahme des kanadischen Punktesystems fand in der **CDU** offenbar keine Zustimmung. Während Generalsekretär Tauber demnächst nach Kanada fahren will, schreibt die Initiative **CDU2017** in ihrem Papier, das Punktesystem sei „eher als Synonym“

⁶ **CDU2017**: „Zehn Thesen zur aktuellen Debatte“

⁷ „De Maizière strikt gegen Einwanderungsgesetz und Punktesystem“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.2.2015.

⁸ „Um einheimische Arbeitnehmer kümmern“, CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer im Interview mit der Passauer Neuen Presse

⁹ **GRÜNE**: „Antrag für ein modernes Einwanderungsgesetz“

¹⁰ Zum Thema Asyl: Bundestag-Drucksache 18/3839 vom 28. Januar 2015 und zur Debatte über ein Einwanderungsgesetz: Website „**LINKE**: Zur aktuellen Debatte um ein Einwanderungsgesetz“, 25.3.2015

¹¹ **FDP**: „Beschluss für ein zeitgemäßes Einwanderungskonzept“

für die Frage gedacht, wie ein „Signal der Offenheit und Einladung“ gesendet und ein transparentes System mit klaren Kriterien eingeführt werden könne.

- Ein Einwanderungsmodell, das potenzielle Arbeitsmigranten nach bestimmten Kriterien bewertet, favorisieren auch die **GRÜNEN**. Sie vermeiden es jedoch, sich auf das kanadische System festzulegen. Neben Berufsqualifikationen, tatsächlichen Fähigkeiten und Erfahrungen sollen dabei auch „soziale Kompetenzen“ berücksichtigt werden. Um diese Kriterien zu erarbeiten, benötige es eine eigens dazu einberufene Kommission.
- Die **LINKE** spricht sich klar gegen eine „selektive Migrationspolitik“ im Sinne eines Punktesystems aus. Menschen dürften nicht in „nützlich“ oder „unnützlich“ eingeteilt werden und die Grenzen nicht nur für Gebildete und Wohlhabende offen sein.

Bereits jetzt können Drittstaatsangehörige (Nicht-EU-Bürger) als hochqualifizierte Fachkräfte mit der **Blauen Karte EU** einreisen – Experten sprechen hier von einem „kleinen Punktesystem“. ¹² Wer über die Blaue Karte einwandert, muss allerdings ein jährliches Mindesteinkommen von 48.400 Euro nachweisen (37.752 Euro bei Mangelberufen, also bei Berufen, in denen Arbeitskräfte fehlen).

- Die **FDP** sprach sich für eine Senkung dieser Gehaltsschwelle aus.
- Dazu fordert die Initiative **CDU2017**, das Mindestgehalt bei Einwanderung in ländliche Regionen zu verringern.
- Die **SPD** möchte die Blaue Karte auch an qualifizierte Spezialisten vergeben, die über keinen formalen Abschluss verfügen.

Im Themenfeld Arbeit und Migration gibt es auch immer wieder Diskussionen über die **Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse**. Denn in vielen Bereichen werden ausländische Qualifikationen nicht automatisch anerkannt und die Betroffenen können ihren Beruf nicht ausüben. Damit sich das ändert, gibt es seit dem 1. April 2012 das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“, kurz Anerkennungsgesetz.

- **SPD, GRÜNE, LINKE** und **FDP** fordern nun, die Anerkennungsverfahren zu vereinfachen und Fachkräften einen schnelleren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Paragraph eins im Aufenthaltsgesetz regelt unter anderem Möglichkeiten zur Einwanderung von Fachkräften und ihren Familienangehörigen. Doch die Regelungen für Hochqualifizierte und Fachkräfte sind nicht bekannt genug, erklären Experten immer wieder. Die Zahl der Einwanderer auf diesem Weg sei deshalb extrem gering. Inzwischen gibt es erste Ansätze, mehr **Werbung für Deutschland** im Ausland zu praktizieren. ¹³

- Für ein deutlich stärkeres Engagement in diesem Bereich sprachen sich **CDU** und **FDP** aus: Die legalen Zuwanderungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte seien bisher wenig bekannt. Es müsse mehr Informationsangebote und Anwerbeinitiativen vor Ort im Ausland geben.

Für Hochqualifizierte gibt es auch jetzt schon Möglichkeiten, sich in Deutschland nach einer Arbeitsstelle umzusehen. Mit dem „**Jobseeker-Visum**“ können sie zum Zweck der **Arbeitssuche** für sechs Monate in Deutschland bleiben. ¹⁴

¹² Mehr dazu: MEDIENDIENST INTEGRATION, Rubrik „Arbeitsmarkt“

¹³ Zum Beispiel die Internetportale „Make it in Germany“ und „Welcome to Germany“

¹⁴ Mehr dazu: Auswärtiges Amt, „Studying and Working in Germany“

- Die **FDP** schlägt vor, das „Jobseeker-Visum“ auf ein Jahr zu verlängern.
- Die **GRÜNEN** fordern zudem ein vereinfachtes generelles **Visumverfahren**.
- Die **CDU** spricht sich für die visafreie Einreise von Staatsbürgern bestimmter Länder aus. So könnten sich interessierte Fachkräfte leichter ein erstes Bild von Deutschland verschaffen und sich nach Arbeitsstellen umsehen.

Asyl

Bisher ist es Asylbewerbern aufgrund des fehlenden Aufenthaltstitels in den ersten drei Monaten untersagt, zu arbeiten (§61 AsylVfG). Danach können Flüchtlinge eine Arbeit aufnehmen, wenn sie von der Ausländerbehörde eine **Arbeitserlaubnis** erhalten haben. Zudem gilt die Vorrangprüfung, das heißt, dass es für den Arbeitsplatz keine gleichqualifizierten Deutschen oder EU-Bürger geben darf (§39 AufenthG). Für hochqualifizierte Flüchtlinge gibt es Ausnahmen bei der Vorrangprüfung, ebenso wie in Mangelberufen.

- **SPD, GRÜNE, LINKE** und **FDP** sind sich einig, dass der **Arbeitsmarkt** für **Flüchtlinge** geöffnet und die Regelungen gelockert werden sollten.
- Nach Meinung der **FDP** und **LINKE** soll das Arbeitsverbot für Flüchtlinge sogar grundsätzlich aufgehoben werden.

Stellt ein Migrant einen Asylantrag, gibt es normalerweise keine Möglichkeit, einen anderen **Aufenthaltsstatus** zu beantragen. Wird der Asylantrag abgelehnt und liegt keine Duldung vor, muss die Person Deutschland in jedem Fall verlassen.

- Die **GRÜNEN** schlagen vor, den aufenthaltsrechtlichen **Statuswechsel** für Flüchtlinge und Geduldete zu vereinfachen: Flüchtlinge könnten sich so besser in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integrieren.
- Die **FDP** fordert, es müsse unabhängig vom Ausgang des Asylverfahrens möglich sein, eine Fachkräfte-Aufenthaltserlaubnis zu erlangen.
- Laut **SPD** müssen „Ermessenausnahmen“ geschaffen werden, in denen abgelehnte Asylbewerber eine Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Arbeit erlangen können.

Abschiebung von Kindern und Jugendlichen

In der Bundesrepublik leben derzeit etwa 25.000 geduldete Minderjährige die keinen Aufenthaltsstatus haben und jederzeit abgeschoben werden können. Das könnte sich bald ändern, denn der Bundestag diskutiert derzeit eine Reform¹⁵ des **Aufenthalts- und Rückführungsrechts**, in deren Rahmen die Rechtsstellung von geduldeten Ausländern gestärkt werden soll, wenn sie „anerkennenswerte Integrationsleistungen erbracht haben“ oder schutzbedürftig sind. Auch soll die Möglichkeit erleichtert werden, gut integrierten jugendlichen oder heranwachsenden Geduldeten legalen Aufenthalt zu gewähren.

- Die **LINKE** fordert, grundsätzlich auf die Ausweisung von hier geborenen oder aufgewachsenen Menschen zu verzichten. „Die Antwort auf individuelle Fehlentwicklungen darf nicht eine Verbannung aus dem Geburtsland sein“, heißt es im Positionspapier.

¹⁵ Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung

- Die **SPD** fordert zudem, dass Jugendliche unabhängig vom Ausgang des Asylverfahrens eine angefangene Ausbildung abschließen können.

Integration

Mit der Reform des Zuwanderungsrechts wurden 2005 sogenannte **Integrationskurse** eingeführt.¹⁶ Neben einem Orientierungskurs beinhalten sie einen **Sprachkurs**, der „ausreichende“ Deutschkenntnisse vermitteln soll. Das Aufenthaltsgesetz regelt, welche Drittstaatsangehörige zu den Kursen berechtigt (§ 44 AufenthG) oder verpflichtet sind (§ 44a AufenthG).

- **FDP, LINKE** und **GRÜNE** schlagen vor, den Anschluss ausländischer Staatsbürger in die Gesellschaft durch den Ausbau von Integrations- und Deutschkursen zu unterstützen.¹⁷
- Dabei dürfe niemand aufgrund des Aufenthaltsstatus der Zugang zu Angeboten verweigert werden, betont die **LINKE**. Zudem fordern sie kostenlose Weiterbildungen, Arbeitsfördermaßnahmen und soziale Unterstützungsangebote.
- Auch die **SPD** möchte – gerade für Flüchtlinge – mehr Sprach- und Integrationskurse sowie Ausbildungsmaßnahmen anbieten.

Staatsbürgerschaft

Die für die **Einbürgerung** vorausgesetzte Aufenthaltsdauer in Deutschland beträgt acht Jahre. Ein Grundgedanke des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts ist es zwar, dass bei der Einbürgerung **Mehrstaatigkeit** zu vermeiden ist. Allerdings bestätigen hier die Ausnahmen die Regel: Etwa die Hälfte aller Einbürgerungen findet seit Jahren unter „Hinnahme der Mehrstaatigkeit“ statt.¹⁸

- Beim Thema **Einbürgerung** fordern **FDP, GRÜNE** und **LINKE** erleichterte Kriterien für die Einbürgerung. Die **FDP** will diese bereits nach 4 Jahren Aufenthalt möglich machen.
- Hürden durch Sprach- oder Einkommensanforderungen sowie Gebühren sollen laut der **LINKE** abgeschafft werden.
- Des Weiteren fordern alle drei Parteien, **Mehrstaatigkeit** grundsätzlich zuzulassen.

Mit der Einführung des Geburtsortprinzips (ius soli) in Deutschland im Jahr 2000 bestimmte nicht länger allein die Nationalität der Eltern eines Kindes seine Staatsangehörigkeit, sondern auch der Geburtsort. Seither erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil länger als acht Jahre rechtmäßig hier lebt.¹⁹

- Die **GRÜNEN** und **LINKE** schlagen vor, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die sich rechtmäßig hier aufhalten, grundsätzlich und ohne weitere Bedingungen die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen.

¹⁶ Mehr dazu: MEDIENDIENST INTEGRATION, Rubrik „Zuwanderungsrecht“

¹⁷ Mehr dazu: MEDIENDIENST INTEGRATION, „Die Integrationskurse sind eine Erfolgsgeschichte“ und „10 Jahre Integrationskurse: eine Erfolgsgeschichte?“

¹⁸ Zahlen und Fakten dazu: MEDIENDIENST INTEGRATION, Rubrik „Staatsbürgerschaft“

¹⁹ Mehr dazu: MEDIENDIENST INTEGRATION, Rubrik „Staatsbürgerschaft“

Weitere Forderungen

- Die **LINKE** fordert für Einwanderer den uneingeschränkten **Nachzug eines erweiterten Familienkreises**, ohne verpflichtende Sprachtests, Einkommensanforderungen oder Altersgrenzen.
- Nach einer bestimmten Zeit sollen dauerhafte Einwanderer **ein Wahlrecht auf allen Ebenen** erhalten, fordert die **LINKE** zudem. Einwanderer würden so „als gleichberechtigte politische Akteure“ anerkannt werden.
- Um in Deutschland ausgebildete ausländische Staatsbürger zu halten, möchten **SPD** und **CDU** Schüler und **Studierende** dazu **motivieren**, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben.
- Die **GRÜNEN** warnen, dass die Einwanderung von Drittstaatsangehörigen auch die Gefahr des „**Brain-Drains**“ in Entwicklungsländern birgt. Um das zu verhindern, sollten Fachkräfte darin unterstützt werden, die hier erlernte Expertise auch in ihre Heimatländer zu tragen. Menschen, die einmal hier gelebt und gearbeitet haben, sollen aber auch nach längerem Auslandsaufenthalt wieder unkompliziert nach Deutschland zurückkehren können. Sozialversicherungsrechtliche Ansprüche sollten zudem im Ausland geltend gemacht werden können.
- Weniger konkret ist die einheitliche Meinung der **CDU und SPD**, es müsse eine **Willkommenskultur** geschaffen werden. Zudem müsse Einwanderung mit gesellschaftlicher Unterstützung gestaltet werden. **CDU**-Generalsekretär Peter Tauber schlägt beispielsweise vor, ein ehrenamtliches Patensystem zwischen Neuzuwanderern und Einheimischen einzuführen.
- Die **FDP** schlägt vor, **Englisch zur Verkehrs- und Arbeitssprache** in den für Einwanderer relevanten Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung zu erklären. Auch soll gezielt Personal mit ausländischen Wurzeln für den öffentlichen Dienst und ehrenamtliche Organisationen gewonnen werden.

2. WAS SAGEN DIE EXPERTEN?

Viele Wissenschaftler teilen die Meinung, dass ein Einwanderungsgesetz per se eine gute Idee sei. „Ein Einwanderungsgesetz bietet für Deutschland die Chance, eine zuvor entwickelte migrationspolitische Gesamtstrategie umzusetzen“, sagt zum Beispiel die Rechtswissenschaftlerin **Prof. Dr. Christine Langenfeld**, Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration ([SVR](#)). Damit könnten alle Einzelregelungen zu Arbeitsmigration aus der EU und Drittstaaten, Familiennachzug, aufenthaltsrechtliche Fragen für internationale Studierende und Flüchtlinge konzeptionell zusammengeführt werden. „Ein gut gemachtes Einwanderungsgesetz wäre ein großer Gewinn“, so Langenfeld, um ein offensives Marketing im Ausland für Deutschland als Einwanderungsziel zu realisieren.

Kanada als Vorbild

Das von vielen deutschen Politikern immer wieder als Vorbild bezeichnete kanadische Einwanderungssystem wird von den Experten des Rats für Migration jedoch unterschiedlich bewertet. Vorteile sieht etwa der emeritierte Soziologe **Prof. Dr. Rainer Geißler** vor allem in Sachen Integration: „Zur Einwanderungszusage bei Arbeitserlaubnis gehört in Kanada die Einwanderungserlaubnis für Ehepartner und Kinder. Denn Kanada sieht das Leben in einer

Familie als einen wichtigen Beitrag zur Integration an. Dort existiert außerdem ein Ministerium für Migration und Integration während in Deutschland für wichtige Probleme in diesem Bereich immer noch der Innenminister zuständig ist.“

Auch das Punktesystem, nach dem Zuwanderer in Kanada ausgewählt werden, wird von den Wissenschaftlern unterschiedlich bewertet. Für **Prof. Dr. Anja Weiß**, die Makrosoziologie an der Universität Duisburg-Essen unterrichtet, hat ein solches System den Vorteil, dass es Klarheit in der Kommunikation schafft: „Durch ein derartiges System spricht man ressourcenstarken Zuwanderern ein gewisses Vertrauen aus. Allerdings muss man damit leben, dass es für einige blendend läuft, während andere wieder gehen, weil das Jobangebot hier nicht ihren Erwartungen entspricht.“

Dennoch sei die Einführung eines Punktesystems allein keine Lösung, wenn die damit verbundenen Einreisemöglichkeiten wenig bekannt beziehungsweise restriktiv gestaltet sind. „Unsere Forschung zeigt, dass die Komplexität unseres derzeitigen Migrationsrechts dazu führt, dass die bestehenden Regeln – die in der Tat mehr Möglichkeiten für Hochqualifizierte enthalten, als allgemein bekannt ist – oft nicht bei den Betroffenen ankommen“, sagt Weiß. Grund hierfür sei vor allem, dass das komplexe Einwanderungssystem, das oftmals von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich gestaltet ist, selbst Fachleute in den Ausländerbehörden oder in den Beratungsstellen überfordert.

Müssen Einwanderer ihre Nützlichkeit beweisen?

Die Idee, Einwanderer allein aufgrund ihrer Qualifikation auszuwählen, wird auch von anderen Wissenschaftlern kritisch betrachtet. Denn eine strenge Auswahl sei noch keine Garantie dafür, dass Migranten besser integriert werden beziehungsweise „produktiver“ sind. „Bei einer Auswahl, die sich nach individuellen Kriterien wie Bildung oder Sprachkenntnissen richtet, kann es trotzdem dazu kommen, dass Zuwanderer keine adäquate Stelle finden“, sagt der Ethnologe **Dr. Norbert Cyrus**.

Cyrus empfiehlt, über eine „Einwanderung in Phasen“ nachzudenken. Menschen, die sich mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung im Land befinden, sollen die Möglichkeit bekommen, einen unbefristeten Aufenthaltsstatus zu erhalten. So sollte es auch möglich sein, von einem Aufenthaltsstatus zu einem anderen zu wechseln – zum Beispiel von Asylsuchenden zu Studierenden oder Auszubildenden.

Viele Migrationsexperten lehnen allerdings eine Diskussion grundsätzlich ab, die Migranten allein nach ökonomischen Kriterien bewertet. Für **Prof. Dr. Albert Scherr**, Professor für Soziologie an der Universität Freiburg, sollte sich das Einwanderungsgesetz „nicht allein an ökonomischen Interessen orientieren, sondern auch konsequent an einer menschenrechtlichen Flüchtlingspolitik ausgerichtet sein.“ Erforderlich wären dazu Regelungen, die den Tatbestand der Diskriminierung von Minderheiten als Fluchtgrund

anerkennen, so für den Fall der Roma, die aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland kommen.

Auch müsse ein Einwanderungsgesetz die Bedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern, so Scherr. Wichtig wäre dabei, dass legale und sichere Einreisemöglichkeiten in den Schengen-Raum und nach Deutschland geschaffen werden, etwa durch andere Regeln für die Visa-Vergabe, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden.

Welche Ziele für die Migrationspolitik?

Asylsuchende hätten außerdem ein Wirtschaftspotential, betont der emeritierte Politikwissenschaftler **Prof. Dr. Dieter Oberndörfer**. Dass dies bislang ignoriert wurde, hält er für ein schwerwiegendes Versäumnis der Politik: „Durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Krisengebieten könnten weit mehr qualifizierte Einwanderer gewonnen werden als durch neuerliche lange Debatten über die politische Schimäre eines Zuwanderungsgesetzes.“

Darüber hinaus sei die Vorstellung, dass viele hochqualifizierte Drittstaatsangehörige nach Deutschland ziehen wollen, ein frommer Wunsch. „Die Zahl wanderungsbereiter und qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittstaaten, die nach Deutschland kommen wollen, ist offensichtlich sehr begrenzt“, so Oberndörfer. Bisher zögen solche Arbeitskräfte Australien, Kanada, Neuseeland, die USA und Großbritannien als Zielländer vor. „Deutschland war bislang wenig attraktiv. Daran würde sich durch ein Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild der Zuwanderungsregelungen anderer Einwanderungsländer nichts ändern.“

Dennoch gebe es Möglichkeiten, um die Einwanderung aus Drittstaaten stärker in Gang zu bringen, zum Beispiel durch eine Senkung der jährlichen Mindesteinkommen auf ein erheblich niedrigeres Niveau. Denn aufgrund der demographischen Entwicklung werden auf dem Arbeitsmarkt nicht nur Ingenieure, Ärzte und andere sogenannte Hochqualifizierte gebraucht, so Oberndörfer.

Der Migrationshistoriker **Prof. Dr. Jochen Oltmer** mahnt an, sich zunächst einmal über die Ziele der Migrationspolitik zu verständigen, bevor man darüber nachdenkt, wie man Einwanderung neu gestalten will. „Erst wenn in einer intensiven deutschen Debatte und unter Einbeziehung der EU Ziele formuliert worden sind und damit der Rahmen geklärt ist, gilt es die Instrumente in den Blick zu nehmen“, so Oltmer. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, möglichst viele Akteure einzubinden und ein "Weißbuch der Migrationspolitik" zu entwickeln, das Grundlagen legt, mögliche Ziele formuliert und vor diesem Hintergrund Instrumente diskutiert.

Für den Sozialwissenschaftler **Prof. Dr. Hörst Pöttker** ist die Liste dieser Ziele lang und reicht vom Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger bis hin zur Vorgabe von „Diversity“-Zielmarken für öffentliche Berufe wie Polizei, Juristen, Lehrer, Journalisten – nach US-amerikanischem Vorbild. Außerdem solle sich die Bundesrepublik zu einer „plurikulturellen Migrationsgesellschaft“ bekennen, also zu einem interkulturellen Begriff von Integration, „der das Recht der Einwanderer auf eine kulturelle Autonomie in Sprache, Religion und Lebensweise auf dem Boden des Grundgesetzes miteinschließt“.

Zusammenstellung: Almut Dieden und Fabio Ghelli (Mediendienst Integration)

Der [Mediendienst Integration](https://www.mediendienst-integration.de) ist eine Informationsplattform für Journalisten und bietet aktuelle Informationen rund um die Themen Migration, Integration und Asyl in Deutschland. Wir arbeiten eng mit Wissenschaftlern zusammen und vermitteln Kontakte